

Thema 6

Öffentlicher Verkehr (ÖPNV)

Der Verkehr belastet zunehmend unsere Wohnqualität. Selbst große Investitionen in den Straßenbau und die Verkehrsinfrastruktur schaffen oft nur kurzfristige Erleichterungen. Der ÖPNV wird besonders in ländlichen Regionen dem Bedarf an Mobilität nicht gerecht. Zukunftsweisend sind Verkehrskonzepte incl. verkehrsberuhigender Maßnahmen, der Ausbau von Radwegen, die Organisation von Sameltaxis, Taktverkehr im ÖPNV und Fahrplanabstimmungen zwischen Bus und Bahn. Es muss aber darauf geachtet werden, dass

- es ein erkennbares und nachvollziehbares Konzept für den ÖPNV gibt;
- die Ausstattung und Einrichtung der Busse und Haltestellen den Sicherheitsbedürfnissen entspricht und einladend wirkt;
- die Sicherheit der Kinder nicht durch die Überfüllung der (Schul-)Busse gefährdet wird.

Unsere Fragen:

- » Wie setzt sich die Gemeinde für eine bedarfsorientierte Abstimmung zwischen den verschiedenen Verkehrsverbundsystemen ein?
- » Welche Bemühungen unternimmt die Kommune, um die Sicherheit der Kinder, der Menschen mit Behinderung und der Senioren im Verkehr zu verbessern?
- » Was halten Sie – im Sinne von Chancengleichheit und zur Sicherung des Elternwahlrechts – von Schulwegkostenfreiheit für alle Schulen?
- » Gibt es in Ihrer Gemeinde einen Discobus?
- » Erlaubt die Preisgestaltung des ÖPNV allen Bürgern/-innen die Nutzung?

Thema 7

Finanzielle Förderung durch Gebührenermäßigung

Städte und Gemeinden sind Träger von Bibliotheken, Schwimmbädern, Sportanlagen oder öffentlichem Nahverkehr (ÖPNV). Die Kommunen können Familien wirksam entlasten durch

- Senkung von Gebühren (z.B. Müll) oder Eintrittspreisen;
- Familienzuschüsse (Familienpässe und Ferienprogramme);
- Unterstützungen für Kindergarten-, Spielplatzprojekte und die Arbeit der Elternbeiräte;

Unsere Fragen:

- » Welche kommunalen Zuschüsse für familienorientierte Projekte gibt es?
- » Wie werden Familien bei der Staffelung der Eintrittsgelder bzw. Nutzungsgebühren bei kommunalen Einrichtungen mit einem Preisnachlass berücksichtigt (nicht erst ab dem 3. Kind)?
- » Inwieweit sind die ÖPNV-Fahrpreise für Kinder, Jugendliche, Studenten, Familien oder Senioren gestaffelt?
- » Wie bemüht sich die Kommune im Sinne der Chancengleichheit um eine tatsächliche Lernmittelfreiheit? (Auch Taschenrechner und Klassenfahrt müssen bezahlt werden!)
- » Welche Möglichkeiten haben Sie in Ihrer Gemeinde, Jugendliche mit einer Juleica (Jugendleiterausweis) zu unterstützen?

Thema 8

Interessenvertretung kommunaler Familienpolitik

Neben den Kommunen sind auch private Initiativen für eine familienfreundliche Gesellschaft verantwortlich. Dieses Ziel lässt sich nur erreichen, wenn alle Gruppen zusammenarbeiten. Hierzu bedarf es der Mithilfe und der Schaffung von Strukturen durch die Kommunalpolitik. Beispiele sind die

- Gründung von Familienbeiräten, Arbeitskreisen Familienausschüssen oder von „Bündnissen für Familie“;
- Benennung von Familienbeauftragten;
- Einrichtung von Familien- oder Kinderforen;
- „Runde Tische“ in Problemfällen;
- Familienberichte und -programme auf Landkreisebene.

Die Kommune muss Hilfestellung bei der Gründung und Vernetzung von Eltern- und Familienselbsthilfe-Projekten geben, z.B. durch Bürgertelefone, Koordinierungstellen für ehrenamtliches Engagement oder Ehrenamtlichenbörsen.

Unsere Fragen:

- » Welche Rahmenbedingungen helfen den Familien in unserer Gemeinde, sich zu organisieren, ihre Interessen zu vertreten und sich politisch zu beteiligen?
- » Wie unterstützt die Kommune bzw. der Landkreis die Zusammenarbeit von familienpolitischen Trägern wie Kirchen, Selbsthilfeinitiativen, Elternbeiräten, Schulen, Vereinen, ...?
- » Wie thematisiert und plant die Kommune Förderbedarf und Fördermöglichkeiten von Familien?

Thema 9

Grundlagen der Familienpolitik

„Jugendhilfe soll ... insbesondere dazu beitragen, positive Lebensbedingungen für junge Menschen und ihre Familien sowie eine kinder- und familienfreundliche Umwelt zu erhalten und zu schaffen“

Kinder- und Jugendhilfegesetz § 1, Abs. 3, 4 (1991)

“Es ist höchste Zeit für einen grundlegenden Kurswechsel in unserer Gesellschaft und unserer Politik. Wir brauchen eine Agenda Familie, die Familien ganz oben auf die Tagesordnung setzt. Ohne eine Kehrtwende hin zu einer umfassenden Anerkennung und Unterstützung der Familien setzen wir die Zukunft unseres Landes aufs Spiel. ... Kinder- und Familienfreundlichkeit muss durchgängiges Prinzip zukunftsorientierter Gesellschaftspolitik sein.“

aus der **Agenda Familie** des FDK (2006),
beziehbar unter www.familienbund.org

Die Familien sollen „sich dessen immer mehr bewusst werden, dass in erster Linie sie selbst im Bereich der sogenannten „Familienpolitik“ die Initiative ergreifen müssen; sie sollen die Verantwortung für die Veränderung der Gesellschaft übernehmen. Sonst werden die Familien die ersten Opfer jener Übel sein, die sie vorher nur gleichgültig betrachtet haben“.

Rundschreiben „**Familiaris Consortio**“
von Papst Johannes Paul II. (1981)

Die UN-Kinderkonvention sieht in Art. 12 das Recht von Kindern – entsprechend ihrem Alter und ihrem Entwicklungsniveau – auf Beteiligung in allen sie betreffenden Angelegenheiten vor.

Überreicht durch:



Familienpolitik auf dem Prüfstand



9 Themen
und
35 „reizende“
Fragen an
Politikerinnen
und Politiker
zur bayerischen
Kommunalwahl
2008



Eine Aktion von:

- Caritasverband für die Diözese Würzburg
- Familienbund der Katholiken
- Bund der Deutschen Katholischen Jugend (BDKJ)
- Katholische Arbeitnehmer-Bewegung
- Katholische Landvolk Bewegung
- Kolpingwerk Diözesanverband Würzburg

Der Reichtums- und Armutsbericht der Bundesregierung aus dem Jahr 2006 hat bestätigt, was schon lange bekannt ist: Kinder sind ein erhöhtes Armutsrisiko. Insbesondere Alleinerziehenden und Familien mit mehreren Kindern droht der soziale Abstieg. Trotz ihrer Bedeutung für die Zukunft von Staat und Gesellschaft erhalten die Familien häufig nicht die Anerkennung, die ihrer Bedeutung für die Gesellschaft entspricht.

Anlässlich der im März 2008 stattfindenden bayerischen Kommunalwahl haben sechs kirchliche Organisationen aus Unterfranken einige aktuelle Themen zur Familienpolitik aufgegriffen und konkrete Fragen dazu formuliert. Sie sollen Ihnen als unseren Vertretern/-innen, Mitgliedern oder an Familienpolitik Interessierten Anregung sein für politische Diskussionen und Gesprächsrunden und Sie zu kritischen Fragen gegenüber Politiker/innen und Kandidaten/-innen ermutigen. Greifen Sie die Fragen auf, die Ihnen unter den Nägeln brennen, und „reizen“ Sie Ihre Gesprächspartner zu konkreten Antworten.

Dezember 2007



„Familienpolitik auf dem Prüfstand“

wird herausgegeben von:

(Ansprechpartner der Verbände)

- **Familienbund der Katholiken (FDK)**
(Gerlinde Martin, Michael Kroschewski, Claus Schreiner)
- **Caritasverband für die Diözese Würzburg e.V.**
(Roland Giegerich)
- **Bund der Katholischen Jugend (BDKJ)**
(Kristina Bopp)
- **Katholische Arbeitnehmer - Bewegung (KAB)**
(Dieter Wagner, Thomas Wülk)
- **Katholische Landvolk Bewegung (KLB)**
(Frank Greubel)
- **Kolpingwerk Diözesanverband Würzburg**
(Peter Langer)

Thema 1

Vereinbarkeit von Familie und Erwerbsarbeit

Mit Blick auf die Vereinbarkeit von Familie und Erwerbsarbeit fehlt es vielerorts an geeigneten Rahmenbedingungen (Familiengerechte Arbeitsplätze, Kinderbetreuungsmöglichkeiten, Tagespflegeeinrichtungen ...). Durch die Förderung einer Infrastruktur, die es z.B. berufstätigen Eltern ermöglicht, Arbeitsplätze mit öffentlichen Nahverkehrsmitteln zu erreichen oder durch die Ausweisung wohnortnaher Gewerbegebiete könnten familienfreundliche Arbeitsplätze gefördert werden.

Arbeitsplätze im Einzelhandel mit Ladenöffnungszeiten an Sonn- und Feiertagen sind familienunfreundlich. Wirtschaft und Kommunen sollten mit gutem Beispiel vorangehen und eine familienfreundliche Arbeits-, Unternehmens- und Personalpolitik betreiben. Wo möglich sollten Unternehmen bei Maßnahmen zur Vereinbarkeit von Familie und Beruf unterstützt werden (z. B. flexible Arbeitszeitmodelle, Telearbeitsplätze, Kinderbetreuung im Betrieb...). Kommunen als Arbeitgeber können hier eine Vorbildfunktion einnehmen.

Unsere Fragen:

- » Welche Konzepte gibt es in der Kommune zur Ausweisung von gemischten Wohn- und Gewerbegebieten unter ökologisch verträglichen Aspekten?
- » Wie stehen Sie zur Freigabe eines (weiteren) verkaufsoffenen Sonn- oder Feiertags?
- » Wie können Sie als Arbeitgeber das Umfeld Ihrer Arbeitnehmer/-innen familienfreundlich gestalten?
- » Wie können Sie als Kommunalpolitiker/-in Unternehmen und Organisationen dabei unterstützen, familienfreundliche Arbeitszeitmodelle und Arbeitsbedingungen anzubieten?

Thema 2

Kindertageseinrichtungen, Horte und Krippen, Tagesmütter und Ganztagesbetreuung

Kinder und Eltern benötigen Betreuungsangebote und Bezugspersonen, auf die sie sich verlassen können. Diese müssen helfen, Antwort zu geben auf die besonderen Herausforderungen, denen Familien ausgesetzt sind wie z.B. Unsicherheit in der Erziehung, Flexibilisierung, Mobilität. Häufig fehlt ein differenziertes und an dem Bedürfnis der Familien ausgerichtetes Angebot mit flexiblen Öffnungszeiten und einer Betreuung durch qualifizierte pädagogische Fachkräfte. Ist die Zahl der Kindergartenplätze recht gut, so sieht es bei Kinderkrippen und -horten noch relativ schlecht aus. Ebenso ist die Mittags- und Ganztagsbetreuung an Schulen bedarfsgerecht auszubauen. Hierbei sollte auch auf Angebote in der Ferienzeit geachtet werden.

Kindertageseinrichtungen sind ein wichtiger Träger sozialer Infrastruktur. Die Schließung kleinerer Kindergärten bedeutet eine

erhebliche Verschlechterung der Lebensqualität und den Verlust kultureller Identifikation.

Unsere Fragen:

- » Welchen Zweck haben Kindertageseinrichtungen in unserer Gesellschaft?
- » Wo bringen berufstätige Eltern, die keine Familienangehörigen vor Ort haben, ihre Kleinkinder unter?
- » Können sich alle Eltern eine Kindertageseinrichtung oder eine andere für sie notwendige Betreuungsform leisten?
- » Schulen sollen ein verlässliches Betreuungsangebot anbieten. Wo sehen Sie Möglichkeiten für Kooperationen mit Jugendverbänden, Sportvereinen, Musikschulen ...?
- » Müssen Familien zukünftig immer mehr Geld für einen Betreuungsplatz ihrer Kinder verwenden?
- » Halten Sie ein kostenfreies erstes Kindergartenjahr für realisierbar?
- » Wird der Integration von ausländischen oder behinderten Kindern in der Kommune genügend Rechnung getragen?

Thema 3

Spiel- und Begegnungsräume

Eine Kommune braucht Spielplätze und Begegnungsräume für Kinder, Jugendliche, Erwachsene und Senioren. Sie sind wichtige Voraussetzungen für Kontakte und Kommunikation. Sie können Vorurteile und Spannungen abbauen und tragen zum Ausgleich zwischen den Generationen bei. Besonders wertvoll sind naturbelassene Spielflächen. Der Mitwirkung von Kindern, Jugendlichen und auch Erwachsenen sollte starkes Gewicht beigemessen werden. So fließen ihre Interessen ein und es kann eine höhere Akzeptanz erreicht werden.

Unsere Fragen:

- » Gibt es in unserer Kommune genügend und gefahrlos erreichbare Plätze für die Freizeitgestaltung von Kindern und Jugendlichen, z.B. Spielplätze, Jugendtreffs?
- » Gibt es naturbelassene Flächen, die zum ungestörten Spielen und zum Entdecken der Natur einladen?
- » Wie werden bei der Planung und der Realisierung die Bürger/-innen mit einbezogen?
- » Welche Flächen (z.B. Schulhöfe) können einer zusätzlichen Nutzung zugeführt werden?

Thema 4

Familienberatung und -bildung

Städte und Kreise stellen - häufig in Verbindung mit den Kirchen - Beratungsangebote für Familien zur Verfügung. Dazu gehören Einrichtungen der Erziehungs-, Ehe- und Familien-, Sucht- und Schuldnerberatung. Städte, Gemeinden und Land-

kreise fördern Kinder-, Jugend- und Familienarbeit, indem sie örtliche Vereine und Initiativen bezuschussen oder gezielt Aktivitäten unterstützen.

Die Familienbildung gehört zur gesetzlichen Pflicht der Kommunen und Landkreise. Im Bereich von Gesundheit, Pflege, Pädagogik, Freizeitgestaltung, Recht und Psychologie versteht sie sich als Hilfe zur Selbsthilfe und ist in der Erwachsenenbildung verankert. Auch die Sorge um Familienfreizeit und Familienerholung - insbesondere in belastenden Familiensituationen - gehören zu den gesetzlichen Pflichten der Kommunen und Landkreise.

Unsere Fragen:

- » Sind die bestehenden Beratungsangebote für Familien aus Ihrer Sicht ausreichend?
- » Welche Aktivitäten fördern Sie (in Ihrer Kommune) im Bereich Familienbildung, Familienerholung und Familienfreizeiten?
- » Haben Sie einen Familienwegweiser (Internet, Broschüre) mit Beratungsangeboten? Kann jede/r die notwendigen bzw. hilfreichen Informationen über die Angebote finden?

Thema 5

Familienfreundliches Wohnen

Kinderreiche Familien können sich häufig keinen eigenen Wohnraum leisten. Doch gerade sie benötigen ihn am meisten. Ohne angemessene Wohnverhältnisse fehlt der Rahmen für das familiäre Zusammenleben, für Rückzugsbereiche einzelner Familienmitglieder und für die täglich nötige Solidarität unter den Generationen. Im Interesse einer familienfreundlichen Wohnungspolitik sollte eine Kommune daher

- eine familiengerechte Infrastruktur schaffen (familiengerechtes Wohnumfeld durch entsprechende Bebauungspläne und bezahlbaren Wohnraum für Familien);
- preisgünstiges Bauland ausweisen, z. B. nach dem Einheimischenmodell oder in günstigem Erbbaurecht;
- Wohnraum für kinderreiche Familien schaffen und
- Familien bei der Vermittlung und Beschaffung von Wohnraum mit Zuschüssen oder Darlehen helfen.

Unsere Fragen:

- » Wird bei der Infrastruktur auf die Familienfreundlichkeit geachtet?
- » Welchen attraktiven Raum schafft die Gemeinde für Familien?
- » Welche finanzielle Unterstützung beim Bauen oder Sanieren erhalten Familien?
- » Wie unterstützt die Kommune Familien bei der Vermittlung von bezahlbarem Wohnraum?